

Wohnungsversorgung bei Aussiedlern: Ergebnisse einer Panel-Studie zur Situation nach der Einreise

Fuchs, Marek

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fuchs, M. (1995). Wohnungsversorgung bei Aussiedlern: Ergebnisse einer Panel-Studie zur Situation nach der Einreise. *Sozialwissenschaften und Berufspraxis*, 18(2), 147-165. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-35968>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Wohnungsversorgung bei Aussiedlern

Ergebnisse einer Panel-Studie zur Situation nach der Einreise

Marek Fuchs¹

1. Ausgangsüberlegungen

Unter den derzeit in nennenswertem Umfang zu verzeichnenden Zuwanderergruppen nehmen die Aussiedler eine Sonderstellung ein: Auf sie trifft die Besonderheit zu, daß sie sich mehr oder weniger explizit und vordringlich, formal und hinsichtlich einer subjektiv perzipierten und konstruierten sozio-kulturellen Identität dem Einwanderungsland zugehörig fühlen (Griese 1982, S. 95; Heller/Koch 1987, S. 26). Sie kommen als die "woandersgebürtigen Deutschen" in die Bundesrepublik (Zick/Six 1993). Dies ist einer der zentralen Unterschiede zwischen Aussiedlern und anderen Immigrantengruppen in Deutschland, der u. a. dazu führt, daß die sozialen Prozesse der Eingliederung von Aussiedlern und z. B. von Gastarbeitern kaum vergleichbar sind.

Die Sonderstellung der Aussiedler wurde lange Zeit von der Politik und - solange ihre Zahl verhältnismäßig gering war - auch von der sie aufnehmenden Bevölkerung akzeptiert und zum Teil betont, wenngleich es gelegentlich Verwunderung darüber gab, daß die Aussiedler als Deutsche mit allen Rechten und Pflichten anzuerkennen sind, obwohl eine nicht unbeträchtliche Zahl von ihnen der deutschen Sprache nicht mächtig ist (Schäfers 1990, S. 103). Seit die Zahl der Zuwanderer nach Deutschland drastisch zugenommen hat, sind auch die Aussiedler durch fremdenfeindliche Äußerungen attackiert worden (Fuchs/Lamnek 1992; Heller/Koch 1987), die sich aus dem Schnittbereich der gesellschaftlichen Problemfelder Arbeitslosigkeit, soziale Deprivation, Desintegration usw. speisen (Behrmann 1982; Fuchs 1993), und ihre Anwesenheit wird kritisch betrachtet (Daniels 1989; Wernicke 1989).

1 Für Anmerkungen zu früheren Fassungen des vorliegenden Textes bin ich Siegfried Lamnek, Hans-Jürgen Schild, Eva Schmitt-Rodermund, Viktor Tamme und Johannes Weiß zu Dank verpflichtet. Teile des Manuskripts habe ich anlässlich des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle vorgetragen.

Auch die Politik ist kritischer und scheint zu einer heimlichen Quotierung übergegangen zu sein, um die Folgen eines unkontrollierten Zuzugs für die Aussiedler, die auf zunehmend schwierigere Eingliederungsbedingungen stoßen,² und für die aufnehmende Gesellschaft abzumildern. Zudem zeigt sich, daß die Vorstellungen der Aussiedler, die diese von Deutschland haben, kaum mit den realen Lebensbedingungen in der Bundesrepublik kompatibel sind (Daichendt 1989, S. 115).

Auf beiden Seiten verursacht die Neuansiedlung der Aussiedler also Irritationen, wenn nicht sogar Spannungen: Auf der Seite der Aussiedler steht das Erstaunen über das Deutschland im Vordergrund, das sie sich anders vorgestellt hatten. Bei der sie aufnehmenden einheimischen Bevölkerung dominiert die Verwunderung über diese Deutschen, die auf den ersten Blick zumindest nicht als solche erkennbar sind und (scheinbar) auch noch Privilegien im Sozialstaat genießen (Blahusch 1992, S. 164). Dieses doppelte Spannungsverhältnis nimmt das Forschungsprojekt "Erfolg und Verlauf der Aneignung fremder Umwelten durch Aussiedler" (EVA-A)³ zum Ausgangspunkt, um den Prozeß der Aussiedlermigration zu analysieren, der im Vergleich zu anderen Wanderungsbewegungen eigentlich von einer Reihe guter Vorzeichen begleitet sein sollte, stünde da nicht Georg Simmels nachdenklich stimmende Anmerkung im Raum: "Menschen, die viel Gemeinsames haben, tun sich schlimmeres, ungerechteres Unrecht als ganz Fremde".

Die geschilderten Konfliktkonstellationen zwischen den Aussiedlern und der sie aufnehmenden bundesdeutschen Gesellschaft⁴ bergen die Gefahr, daß die Aussiedlerfamilien in einen ethnischen Minoritätenstatus verwiesen werden, den sie durch ihr Verhalten möglicherweise noch verstärken, der aber die Neuansiedlung aufs schwerste belasten würde. Denn im Unterschied zu anderen Wanderungsgruppen haben sie kaum die Chance eines Rückzugs auf eine spezifische Migrantenidentität als Antwort auf den von der umgebenden Mehrheitsgesellschaft zugewiesenen Minoritätenstatus. Diese Option des Identitätsmanagements, die z. B. bei Gastarbeitern ausgeprägt ist, bietet sich

2 Außerdem ist zu vermuten, daß sich die Aussiedlerpopulation in ihrer Zusammensetzung im Zeitverlauf verändert hat und daß diejenigen, die in jüngster Zeit kommen, aufgrund individueller Merkmale größere Eingliederungsschwierigkeiten haben. So hört man beispielsweise von Arbeitgebern, daß die Aussiedler, die in den 70er Jahren gekommen sind, besser ausgebildet und motiviert waren als diejenigen, die in den letzten Jahren gekommen sind.

3 Das Projekt wurde zwischen 1990 und 1993 von Bundesministerium des Innern finanziert; es besteht aus sechs Teilprojekten unter Leitung der Psychologen Siegfried Greif, Stephan Hornuth, Ernst-Dieter Lantermann, Rainer K. Silbereisen, Bernd Six sowie des Soziologen Johannes Weiß. Dem letzten Teilprojekt ist auch der Autor verbunden.

4 Heller und Koch (1987, S. 47 ff.) sprechen von der "autochthonen deutschen Bevölkerung"; im EVA-A-Projekt wird z. T. die Formulierung "einheimische Deutsche" verwendet (Fuchs/Weiß 1995).

den Aussiedlern aufgrund ihres Selbstverständnisses als Deutsche nicht. Und gerade weil sich die Aussiedler der sie nun aufnehmenden Gesellschaft in besonderer Weise zugehörig fühlen, werden die Schwierigkeiten bei der Eingliederung als besonders schmerzlich empfunden. Und - dies mag zunächst verwundern, wird aber durch unsere Befunde bestätigt (Weiß 1992; Fuchs/Weiß 1995) - die Probleme sind tatsächlich bei denjenigen ausgeprägter, die die sozio-kulturelle Identität als Deutsche am deutlichsten postulieren, bei denen sie aber eben auch am diffusesten bleibt.

Eines der wichtigsten Probleme, das sich den Aussiedlern nach ihrer Ankunft stellt und dem auch aus Sicht der Sozialverwaltung in Deutschland zentrale Bedeutung zukommt, ist, neben Arbeitsfindung und dem möglicherweise notwendigen Erwerb der Sprache: Wo werden die Aussiedler wohnen?⁵ Und dies aus gutem Grund! Denn die Aussiedlung ist ein weitgehend unumkehrbarer Prozeß - Rückkehrer sind ausgesprochen selten.⁶ Die soziale Integration unterliegt daher - angesichts der reduzierten Optionen des Identitätsmanagements - einem spezifischen Erfolgszwang. Solange aber die Aussiedler in Notwohnungen oder Lagern leben, besteht stets die Gefahr der subjektiv perzipierten oder durch objektive soziale Zuschreibungen verstärkten Marginalisierung (Matzenauer 1986, S. 186). Denn erst, wenn die Aussiedler die provisorischen Unterkünfte verlassen haben und eine eigene Wohnung beziehen, kommen sie in eine größtenteils gemischte Wohnumgebung, in der die Segregationstendenzen gegenüber dem Wohnheim relativ gering sind (Hofmann/Bürkner/Heller 1992, S. 63).⁷ Erst dann ist ein erster wichtiger Schritt geschafft, der eine Voraussetzung für die (weitere) soziale Integration ist und von den Betroffenen als sichtbarer Erfolg der Neuansiedlung und damit als Bestätigung der Aussiedlungsentscheidung gewertet werden kann.

5 Dies belegen auch die Befunde von Watrinet und Reichling (1982), wonach die Suche nach einer Arbeitsstelle, die Suche nach einer Wohnung und das Erlernen der deutschen Sprache die drei wichtigsten Probleme der Aussiedler nach der Einreise sind.

6 Nach Angaben des Bundesausgleichsamtes kehren lediglich einige Promille in die Herkunftsländer zurück; dabei handelt es sich überwiegend um Polendeutsche.

7 Zwar zeigen Hofmann, Bürkner und Heller (1992), daß die räumliche Segregation der Aussiedler ein ähnliches Ausmaß erreicht, wie bei anderen Minoritäten: "In der Regel existieren innerhalb einzelner Stadtteile mit relativ hohen Aussiedleranteilen vereinzelt Wohnhäuser, die überwiegend von Aussiedlern bewohnt werden. Im Gegensatz zu den Arbeitsmigranten aus Südosteuropa treten derartige Konzentrationen jedoch weniger auf dem freien Mietwohnungsmarkt als vielmehr im Bereich des Sozialwohnungsmarktes auf. Hier haben Kommunen sowie die genossenschaftlichen Wohnungsbauträger z. T. beträchtliche Wohnungskontingente für Aussiedler reserviert (...). Die Wohnungskonzentration der Aussiedler ist somit nur zum geringen Teil eine Folge ihrer individuellen Wohnwünsche" (Hofmann/Bürkner/Heller 1992, S. 63) und verliert sich durch weitere räumliche Mobilität infolge einer sich verbessernden sozialen Lage (zu weitergehenden Befunden vgl. Stadt Essen 1990, S. 58 ff. und für Nordrhein-Westfalen vgl. Sinz 1989, S. 369 ff.).

2. Zur Wohnungsversorgung von Aussiedlern

Zu diesem Themenkomplex existieren unseres Wissens bisher nur zwei einschlägige Studien: Zu nennen sind die schon recht alte Untersuchung von Watrinet und Reichling (1982) sowie die Studie von Dinse (1989).

Die Untersuchung von Watrinet und Reichling (1982), die auf Erhebungen aus den Jahren 1976 bis 1979 zurückgeht, zeichnet ein sehr positives Bild der Wohnungsversorgung der Aussiedler: "Von den nach einem Jahr befragten Haushaltungen hatten bereits 78,5% eine Wohnung, 19,1% waren noch in einem Übergangswohnheim untergebracht, während 2,4% über eine Unterkunft im Untermietverhältnis oder bei Bekannten und Verwandten verfügten. Die nach zwei Jahren befragten Haushaltungen lebten bereits zu 91,9% in einer Wohnung, während 8,1% im Übergangswohnheim noch auf die Zuweisung einer Wohnung warteten. Im dritten Jahr nach der Ankunft erhöhte sich der Anteil der wohnungsmäßig versorgten Aussiedlerhaushaltungen auf 99,4%, während sich nur noch 0,6% im Übergangswohnheim befanden" (Watrinet/Reichling 1982, S. 189). Ohne die prekären Lebensverhältnisse der jeweils im Wohnheim zurückgebliebenen Gruppen beschönigen zu wollen, kann man doch festhalten, daß die Wohnungsversorgung Ende der 70er Jahre relativ schnell einen hohen Grad erreichte.

Interessant ist bei der Würdigung der Aufenthaltsdauer im Lager und/oder im Wohnheim der Hinweis, daß ein langer Verbleib dort zum Teil auf den Wunsch der Aussiedler selbst zurückgeht und nicht (oder nicht nur) auf die durch verschiedene Faktoren bestimmte Gelegenheit zum Wechsel in eine Wohnung verursacht ist: Entweder warten die (Teil-)Familien im Lager oder Wohnheim auf den Nachzug von bisher nicht ausgesiedelten Angehörigen,⁸ oder sie harren der Fertigstellung eines durch öffentliche Maßnahmen geförderten Wohneigentums.⁹ Schließlich darf nicht übersehen werden, daß die Zeit der relativ billigen Unterbringung im Übergangswohnheim für die Aussiedler eine finanzielle Verschnaufpause bedeutet, in der sie das Geld für die spätere

- 8 Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Aussiedler wählte - vor der jüngsten gesetzlichen Änderung, die dies erschwert bzw. unmöglich macht - einen "illegalen" Weg der Übersiedlung in die Bundesrepublik: Heller und Koch (1987, S. 24 ff.) haben im Rahmen einer Erhebung festgestellt, daß bei Aussiedlern aus Rumänien zunächst ein einzelnes Familienmitglied mit einem Besuchs- oder Touristenvisum ohne die Aussiedlungsgenehmigung für die ganze Familie nach Deutschland kam, um dadurch die Voraussetzungen für den Nachzug der Angehörigen im Rahmen der Familienzusammenführung zu schaffen. Diese Einzelaussiedler verblieben dann bis zur Ankunft der Angehörigen oft für mehrere Jahre im Wohnheim.
- 9 Diejenigen, die sich in den 70er Jahren nach drei Jahren noch in einem Übergangswohnheim aufhielten, hatten zum Teil die Bewilligung einer nach dem Bundesvertriebenengesetz bzw. dem Lastenausgleichsgesetz geförderte Eigentumsmaßnahme in der Hand, manche standen kurz vor dem Einzug in ihr fertiges Eigenheim (Watrinet/Reichling 1982, S. 190).

Einrichtung der eigenen Wohnung ansparen können. Auch darüberhinaus halten sich die Aussiedler, z. B. wegen des dort möglichen Gedankenaustauschs mit Landsleuten, im allgemeinen nicht ungern in einem Übergangswohnheim auf (Watrinet/Reichling 1982, S. 187). Der Aufenthalt im Wohnheim ist aber wohl nur für eine kleine Gruppe und wohl auch nur für begrenzte Zeit von Vorteil - zumal, wenn es sich um Containerdörfer handelt (Sinz 1989, S. 369).

Wichtiger ist aber, daß der Übergang vom Lager oder Wohnheim in eine reguläre Wohnung heute - angesichts der stark verschlechterten Randbedingungen - immer weniger nur in das Ermessen der Aussiedler gestellt ist: Nach der Überweisung der Aussiedler aus den Erstaufnahmелagern an die Länder werden diese dort den aufnehmenden Gemeinden überstellt, die sie mangels anderer Möglichkeiten meist zunächst in Hotels oder Wohnheimen einquartieren müssen. Nach Verlassen des Wohnheims werden sie entweder in Sozialwohnungen untergebracht, wovon es nach Lage der Wohnsitzgemeinde, der Boden- und Kapitalmarktpreise usw. ein mehr oder weniger großes Angebot gibt,¹⁰ oder sie werden bei der Suche nach einer Wohnung auf den freien Markt verwiesen.¹¹

Im Unterschied zu anderen Migrantengruppen nehmen die Aussiedler vor allem in letzter Zeit jedoch kaum am privaten Wohnungsmarkt teil: Die Wohnungsmarktsituation ist in den Städten äußerst angespannt und bietet den Aussiedlern als anfänglich einkommensschwacher Gruppe nur geringe Chancen, eine angemessene Wohnung zu finden. Hinzu kommen Diskriminierungen bei der Wohnungssuche aufgrund geringer Sprachkenntnisse sowie geringe Marktkenntnisse, fehlendes alltagsempirisches Wissen und mangelnde Eigeninitiative auf seiten der Aussiedler. Zwar treffen diese Probleme partiell auch z. B. auf Gastarbeiter zu, aber sie sind bei den Aussiedlern in stärkerem Maße anzutreffen und werden zudem von diesen nicht antizipiert. Sie sind somit bei der Wohnungssuche vorwiegend auf dem Sozialwohnungsmarkt angewiesen (Hofmann/Bürkner/Heller 1992, S. 62 f.; Stadt Essen 1993, S. 60 f.).

Weiter ist zu beachten, daß die Zahl der wohnungssuchenden Aussiedler in den letzten Jahren dramatisch zugenommen hat, was ebenfalls dazu beiträgt, daß die

-
- 10 Die Verhältnisse, wie sie Mitte bis Ende der siebziger Jahre herrschten, als die öffentlichen Hände in Erwartung eines großen Zustroms polendeutscher Aussiedler - der dann ausblieb - Wohnungsreserven hatten, sind in jedem Fall vorüber. Seit 1989 sind mit dem Eingliederungsanpassungsgesetz zudem die Vergünstigungen für Aussiedler bei der Vergabe von Sozialwohnungen gestrichen worden (Blahusch 1992, S. 173). Die bis 1989 gültigen um 500,- DM höheren Einkommensgrenzen für Aussiedler in den ersten fünf Jahren zur Erlangung eines Wohnberechtigungsscheins wurden abgeschafft (Albers 1990, S. 140).
- 11 Auch hier wurden die Bedingungen für die Aussiedler problematischer: Zur allgemeinen Anspannung auf dem Wohnungsmarkt kommt die Aufhebung der höheren Einkommensgrenzen bei der Berechnung des Wohngeldes von 200,- DM monatlich für die Dauer von vier Jahren (Albers 1990, S. 141).

Wohnungssuche zur erdrückenden Dauerbelastung wird. Den Verlauf der Wohnungsverorgung bei Aussiedlern, die seit dem Fall des Eisernen Vorhangs nach Deutschland gekommen sind, wollen wir an unserem Material nachzeichnen.¹²

3. Die Ankunft in Deutschland

Die meisten befragten Aussiedlerfamilien (43,4% (105)) sind im Jahr 1990 nach Deutschland gekommen. Ein Drittel (33,1% (80)) ist im Jahr 1991 eingereist und 17,8% (43) kamen 1989. Weitere kleinere Gruppen kamen 1987, 1988 und 1992. Die Familien sind also Bestandteil der in den Jahren seit 1989 zu beobachtenden großen Einreisewelle. Alle Familien dürften direkt oder indirekt mit den Schwierigkeiten und Problemen konfrontiert gewesen sein - oder haben noch damit zu kämpfen -, die durch den sprunghaften Anstieg der Aussiedlerzahlen in Deutschland, durch die daraus resultierenden objektiv-strukturellen Konsequenzen und durch das sich dadurch ändernde öffentliche Klima verursacht sind.

Beinahe alle Befragten haben unmittelbar nach der Einreise nach Deutschland einige Zeit im Übergangslager verbracht (89,7% (217)); nur eine Minderheit hat sofort

12 Bei diesem Material handelt es sich um Daten einer Panel-Studie, bei der 242 Aussiedlerfamilien, die zwischen 1987 und 1991 nach Deutschland gekommen sind und von 1991 bis 1993 in vier Wellen im Abstand von jeweils 6 Monaten wiederholt zu den verschiedensten Themenbereichen befragt wurden. Eine Generalisierung der nachfolgend referierten Ergebnisse ist eigentlich nicht möglich, denn es muß berücksichtigt werden, daß es sich bei dieser Aussiedlerpopulation nicht um ein repräsentatives Abbild der Aussiedler in Deutschland handelt. Folgende Einschränkungen sind bei der Interpretation der Befunde stets mitzudenken:

- Wir haben nur vollständige Familien mit Kindern eines bestimmten Alters untersucht. Daraus folgt, daß ältere Aussiedler und solche ohne Kinder kaum in unserem Sample vertreten sind.
- Außerdem haben wir Aussiedler angesprochen, die in einer bestimmten historischen Periode nach Deutschland gekommen sind. Es liegt die Vermutung nahe, daß sich die Zusammensetzung der nach Deutschland kommenden Aussiedler im Laufe der Zeit hinsichtlich einiger von uns als wichtig angesehener Merkmale verändert hat. Daß sich zudem die Bedingungen in Deutschland geändert haben, liegt auf der Hand.
- Außerdem haben wir nur Aussiedlerfamilien aus den drei wichtigsten Herkunftsländern berücksichtigt (Polen, Rumänien und ehemalige Sowjetunion). Der Anteil der nach Deutschland kommenden Aussiedler, die aus anderen als diesen drei Ländern stammen, ist zwar - insbesondere in den letzten Jahren - vergleichsweise gering, doch unterscheiden sich die Lebensverhältnisse in diesen Ländern möglicherweise gravierend von denen der drei von uns berücksichtigten Länder.
- Weiterhin wurden die Familien über Wohlfahrtsverbände oder direkt von den Interviewern nach Quotenvorgaben angesprochen. Es handelt sich also um keine Zufallsstichprobe.

eine anderen Unterkunft gefunden (10,3% (25)). Auffällig ist, daß fast alle Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion (96,7% (119)) für einige Tage im Übergangslager waren, aber nur knapp drei Viertel der Aussiedler aus Polen (72,5% (37)); die rumänien-deutschen Aussiedlerfamilien (89,7% (61)) liegen dazwischen ($p < 0,001$; $C_{\text{kor}} = 0,39$).

Die Aussiedlerfamilien haben sich nach der Einreise durchschnittlich zweieinhalb Wochen (17,6 Tage) im Übergangslager aufgehalten. Obgleich die Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion am häufigsten im Übergangslager gewohnt haben, halten sie sich relativ zu den anderen Gruppen am kürzesten dort auf (13,7 Tage). Die polendeutschen Aussiedler bringen es auf 15,7 und die Aussiedler aus Rumänien auf durchschnittlich 26,5 Tage ($p < 0,001$; $\text{Eta}^2 = 0,10$).

Die Dauer des Aufenthalts im Übergangslager ist dabei weitgehend unabhängig vom weiteren Verlauf der Eingliederung: Sowohl Befragte, die gleich im Anschluß an die Zeit im Lager in eine eigene Wohnung ziehen, als auch Familien, die erst eine kürzere oder längere Zeit im Wohnheim verbringen, halten sich in etwa gleich lange im Lager auf.

Überraschenderweise gibt es auch keine signifikanten Unterschiede zwischen denjenigen, die nach der Einreise auf die Hilfe von Freunden und Verwandten zurückgreifen konnten, die bereits vor ihnen nach Deutschland gekommen waren, und denjenigen, die auf diese Unterstützung nicht bauen konnten. Auch die Kinderzahl und die Anzahl der weiteren Verwandten, die mit im Haushalt leben, spielt für die Dauer des Aufenthalts im Übergangslager keine Rolle. Allenfalls eine größere Zahl weiterer, nicht zur Familie gehörenden Personen, die mit im Haushalt leben, verzögert den Auszug aus dem Lager ($p < 0,001$; $\text{Eta}^2 = 0,13$).

Es läßt sich daher vermuten, daß der Aufenthalt im Übergangslager im wesentlichen verwaltungstechnisch bedingt ist und mit der Zahl der zum jeweiligen Zeitpunkt nach Deutschland eingereisten Aussiedler zusammenhängt, wodurch die zuständigen Behörden und die regionalen Wohnungsmärkte mehr oder weniger überlastet sind. Dafür spricht, daß die Dauer des Aufenthalts im Übergangslager in den Jahren bis einschließlich 1989 vergleichsweise niedrig ist (11,4 Tage), dann im Jahr 1990 (21,3 Tage) steil ansteigt und danach wieder absinkt (1991 und 1992: 16,7 Tage).

4. Die Wohnungsversorgung

Lager und Wohnheim sind aber nur Notbehelfe. Irgendwann ziehen die Aussiedler aus diesen in eine reguläre Wohnung um. Aufgrund unserer Panel-Daten haben wir die Möglichkeit, den Eingliederungsverlauf hinsichtlich der Wohnungsversorgung zu verfolgen.

Tab. 1: Wohnungsversorgung der Aussiedler

Die Familie wohnt nach ... Jahren	0,5	1,0	1,5	2,0	2,5	3,0	3,5	4,0
im Wohnheim	77,8% (168)	65,1% (112)	50,0% (112)	33,8% (72)	23,6% (43)	18,0% (25)	8,6% (7)	4,3% (2)
bei Verwandten	0,9% (2)	0,5% (1)	0,4% (1)	0,5% (1)	0,5% (1)	0,7% (1)	- (-)	- (-)
in einer Mietwohnung	18,5% (40)	29,4% (64)	43,3% (97)	59,2% (126)	67,0% (122)	69,8% (97)	75,3% (61)	76,1% (35)
in einem gemieteten Haus	2,8% (6)	3,7% (8)	4,5% (10)	4,7% (10)	5,5% (10)	7,2% (10)	8,6% (7)	8,7% (4)
in Eigentum	- (-)	0,5% (1)	0,9% (2)	1,4% (3)	2,2% (4)	2,2% (3)	4,9% (4)	8,7% (4)
sonstiges	- (-)	0,9% (2)	0,9% (2)	0,5% (1)	1,1% (2)	2,2% (3)	2,5% (2)	2,2% (1)
Summe	100,0% (216)	100,0% (218)	100,0% (224)	100,0% (213)	100,0% (182)	100,0% (139)	100,0% (81)	100,0% (46)
Anteil der Familien im Wohnheim unter den Aussiedlern aus ...								
Polen	70,5% (31)	53,7% (22)	37,2% (16)	37,0% (17)	27,7% (13)	19,1% (9)	8,3% (3)	- (-)
Rumänien	65,5% (38)	50,8% (31)	35,9% (23)	21,0% (13)	15,1% (8)	8,7% (4)	6,7% (2)	11,1% (1)
ehem. SU	86,8% (99)	76,7% (89)	62,5% (73)	40,0% (42)	26,8% (22)	26,1% (12)	13,3% (2)	9,1% (1)
Anteil der Familien in regulärem Wohnraum (gemietete Wohnung, Haus oder Eigentum) unter den Aussiedlern aus ...								
Polen	27,3% (12)	43,9% (18)	60,5% (26)	60,9% (28)	70,2% (33)	76,6% (36)	88,9% (32)	96,2% (25)
Rumänien	34,5% (20)	49,2% (30)	64,1% (41)	79,0% (49)	84,9% (45)	89,1% (41)	90,0% (27)	88,9% (8)
ehem. SU	12,3% (14)	21,6% (25)	35,9% (42)	59,0% (62)	70,7% (58)	71,7% (33)	86,7% (13)	90,9% (10)

Zunächst wollen wir aufzeigen, wie hoch der Anteil der Familien ist, die nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer im Übergangwohnheim, in einer Mietwohnung, im Eigenheim usw. wohnen. Wir hatten gesehen, daß neun von zehn Aussiedlerfamilien für einige Wochen im Übergangslager leben und immerhin acht von zehn Familien danach zunächst auch in ein Übergangwohnheim einziehen. Um die Entwicklung weiter zu verfolgen, betrachten wir die familialen Verläufe im Abstand von jeweils einem halben Jahr. Wir stellen also fest, wo und wie die befragten Familien nach einem halben Jahr, einem Jahr, eineinhalb Jahren usw. wohnen.

Nach einem halben Jahr leben immer noch 77,8% (168) der befragten Familien in einem Übergangwohnheim; nach einem Jahr sind es immerhin noch 65,1% (112). Am Ende der Beobachtungszeit (vier Jahre nach der Ankunft) leben nur noch 4,3% (2) der Familien im Übergangwohnheim.

Bei den rumäniendeutschen Aussiedlern verläuft die Wohnungssuche im Vergleich am wenigsten problematisch: Die relative Zahl der Familien, die nach der Einreise in ein Übergangwohnheim einziehen, ist bei ihnen am geringsten und der Anteil der Familien, die dort leben (müssen), sinkt schneller als bei den Vergleichsgruppen.

Im Vergleich zu den Eingliederungsverläufen Mitte der 70er Jahre muß die Entwicklung der Wohnungsversorgung als verzögert bezeichnet werden: Damals betrug der Anteil der Familien, die in einem Übergangwohnheim lebten, nach einem Jahr 19,1%, nach zwei Jahren 8,1%, und nach drei Jahren 0,6% (Watrinet/ Reichling 1982).

Bei Verwandten leben nur sehr wenige Familien. Trotz der an anderer Stelle herausgearbeiteten starken Familienorientierung (Weiß 1992; Fuchs/Weiß 1995) und der familialen Bande über die Grenzen der Kernfamilie hinaus, ziehen nur wenige Familien nach der Einreise oder im Verlauf der Neuansiedlung bei Verwandten ein.

Der Anteil der Befragten, die ein halbes Jahr nach der Neuansiedlung bereits eine Mietwohnung bezogen haben, liegt bei 18,5% (40). Er steigt relativ kontinuierlich auf 76,1% (35) nach vier Jahren an.

Wohneigentum bildet im Beobachtungszeitraum insgesamt nur eine kleine Gruppe der Aussiedler.¹³ Vergleicht man dies mit den Werten, die Watrinet und Reichling für

13 Daß Familien bewußt eine längere Wartezeit im Wohnheim in Kauf nehmen, um dann - nachdem eine größere Summe angespart ist - direkt in ein Haus oder eine Eigentumswohnung zu ziehen, kann aufgrund unserer Daten ausgeschlossen werden. Diejenigen Familien, die eine Immobilie besitzen, sind in diese erst eingezogen, nachdem sie zuvor in einer Mietwohnung oder in einem gemieteten Haus gelebt haben. Daß der Übergang aus dem Wohnheim in eine Immobilie in unserem Material nicht aufweisbar ist, mag auch der geringen Fallzahl geschuldet sein. Vor allem aber ist anzumerken, daß dieser Vorgang - den Hofmann, Bürkner und Heller (1992, S. 63) durch Befunde einer eigenen Studie belegen - in der Zeit vor 1992 durch die relativ hohen Entschädigungsleistungen an Aussiedler aus dem Bereich der ehemaligen Sowjetunion nach dem Häftlingshilfegesetz verursacht war, die diese in eine Eigentumsmaßnahme als Eigenanteil einbringen konnten. Seit dem Gesetz

die Zeit von 1976 bis 1979 ermitteln konnten (1982), so ist festzustellen, daß der Anteil zurückgegangen ist.

Tab. 2: Größe und Ausstattung der Wohnung im Zeitverlauf

Die Wohnung hat nach ... Jahren	0,5	1,0	1,5	2,0	2,5	3,0	3,5	4,0
Zimmer	2,0	2,1	2,3	2,4	2,6	2,8	3,0	3,3
Quadratmeter	43,3	48,7	57,4	66,6	72,9	76,1	81,9	88,2
Land oder Garten	10,3% (16)	14,2% (26)	15,5% (32)	17,3% (35)	18,0% (32)	24,1% (33)	27,5% (22)	28,9% (13)
Personen je Haushalt	4,8	4,7	4,7	4,7	4,7	4,4	4,4	4,5
Zimmer je Person	0,4	0,5	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7	0,8
Quadratmeter je Person	9,4	10,8	12,9	15,4	16,7	18,0	19,1	20,3
Haushaltsgröße (Personen) bei den Familien aus ...								
Polen	4,1	4,1	4,1	4,1	4,2	4,2	4,3	4,3
Rumänien	4,4	4,3	4,2	4,2	4,3	4,3	4,2	4,3
ehem. SU	5,1	5,1	5,1	5,1	5,2	4,9	5,0	5,0

Betrachtet man die Familien, die zu den verschiedenen Zeitpunkten in regulärem Wohnraum untergebracht sind (Mietwohnung, gemietetes Haus, Eigentum), so zeigt sich wiederum, daß die Eingliederung bei den Aussiedlern aus Rumänien im Vergleich am zügigsten abläuft, während die Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion am längsten auf eine reguläre Wohnung warten müssen.

Insgesamt verbessert sich der Wohnstandard der Familien, die über eine eigene Wohnung verfügen: Während den befragten Familien ein halbes Jahr nach der Neuansiedlung im Schnitt 2,0 Zimmer (ohne Bad und Küche) mit durchschnittlich 43,3 qm zur Verfügung standen, verfügen die Aussiedler nach vier Jahren in Deutschland über

zur Bereinigung von Kriegsfolgengesetzen (1992) werden diese Leistungen jedoch mit anderen finanziellen Zuwendungen verrechnet.

3,3 Zimmer mit 88,2 qm im Durchschnitt. Dieser Anstieg ist zum einen auf die sinkende Zahl der Familien zurückzuführen, die im Übergangswohnheim leben, aber auch auf Umzüge aus kleinen Wohnungen in größere Wohnungen und Häuser, sowie in geringem Umfang auf die Verkleinerung der Haushalte.¹⁴ Auch die durchschnittliche Zimmerzahl pro Person nimmt zu: Haben die Aussiedlerfamilien anfangs 0,4 Zimmer pro Person zur Verfügung, steigt dieser Wert kontinuierlich auf das doppelte (0,8 Zimmer) nach vier Jahren Aufenthalt in Deutschland. Ebenso nehmen die je Person zur Verfügung stehenden Quadratmeter von 9,4 qm (nach einem halben Jahr) auf 20,3 qm (nach vier Jahren in Deutschland) zu, wobei der stärkste Anstieg zwischen einem und zwei Jahren zu verzeichnen ist. Diese positiven Befunde sollen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Wohnsituation von einer Reihe von Problemen gekennzeichnet ist:

Wir haben zunächst berechnet, wie groß der Anteil der Familien ist, die in Deutschland über eine mindestens gleichgroße Wohnung wie im Herkunftsland verfügen.¹⁵

Es läßt sich zeigen, daß anfangs nur etwa ein Viertel aller Aussiedlerhaushalte eine ähnlich große Wohnung hat, wie im Herkunftsland (27,6% (39)). Im Zeitverlauf steigt dieser Anteilswert auf etwa drei Viertel (76,1% (35)) nach vier Jahren. Aber auch nach vier Jahren lebt immer noch ein Viertel der Befragten in Wohnungsverhältnissen, die noch nicht die Größe der Wohnung im Herkunftsland erreicht hat.¹⁶

Weiter läßt sich zeigen, daß sich die Situation für die Aussiedler in den letzten Jahren spürbar verschlechtert hat: Je später sie nach Deutschland gekommen sind, desto länger dauert es, bis sie eine Wohnung beziehen können, die dem Wohnstandard im Herkunftsland entspricht oder diesen übertrifft. Hier liegt ein großes Potential für Unzufriedenheit.¹⁷

14 Die Vermutung, daß die Aussiedlerhaushalte im Prozeß der Neuansiedlung zerfallen und insbesondere die nicht zur Kernfamilie gehörenden Haushaltsmitglieder den Familienverband verlassen, läßt sich jedoch nicht halten; zwar ist eine Verringerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße zu verzeichnen, diese hält sich aber in sehr engen Grenzen: Im Laufe der ersten vier Jahre nach der Neuansiedlung sind bei allen drei Herkunftsgruppen kaum Veränderungen der Haushaltsgröße auszumachen.

15 Zwar wird in der Literatur zur Wohnsituation oft die Wohnfläche in Quadratmetern pro Haushaltsmitglied berechnet, uns scheint aber die Zimmerzahl maßgebender zu sein. Auch wenn nicht ganz klar ist, wie groß diese Zimmer jeweils sind, ist doch die Tatsache z. B. eines eigenen Zimmers für die Kinder eine wichtigere Information, als die reine Quadratmeterzahl.

16 Über die wahrscheinlich bessere Ausstattung der Wohnung können wir natürlich nichts sagen. Dies relativiert in gewisser Weise die Betrachtung der Raumzahl pro Haushaltsmitglied.

17 Erste Ergebnisse deuten darauf hin, daß ein Zusammenhang zwischen der Wohnsituation im Vergleich zum Herkunftsland bzw. zu den einheimischen Deutschen und der Unzufriedenheit mit der Situation in Deutschland - gemessen durch die Fragen, ob die Aussiedler

Tab. 3: Anteil der Haushalte, die im Vergleich mit dem Herkunftsland genauso viel oder mehr Wohnraum pro Person zur Verfügung haben (alle Haushalte)

nach ... Jahren	0,5	1,0	1,5	2,0	2,5	3,0	3,5	4,0
Alle	27,6% (39)	32,2% (56)	37,1% (73)	53,8% (105)	62,0% (106)	65,9% (87)	68,4% (54)	76,1% (35)
nach Herkunftsland								
Polen	45,8% (11)	50,0% (15)	55,3% (21)	50,0% (21)	56,5% (26)	63,0% (29)	71,4% (25)	84,6% (22)
Rumänien	35,1% (13)	38,3% (18)	37,7% (20)	56,4% (31)	62,0% (31)	65,9% (29)	58,6% (17)	(.)
ehem. SU	17,6% (15)	23,7% (23)	30,2% (32)	54,1% (53)	65,3% (49)	69,0% (29)	80,0% (12)	81,8% (9)
nach Ankunftszeitraum								
1987 bis 1989	63,4% (13)	62,5% (15)	60,6% (20)	66,7% (26)	66,7% (32)	70,8% (34)	75,5% (37)	75,6% (34)
1990	27,8% (15)	32,5% (25)	31,5% (29)	48,4% (46)	55,4% (28)	63,1% (53)	56,7% (17)	(.)
1991 und 1992	15,0% (11)	21,6% (16)	33,3% (24)	54,1% (33)	60,2% (74)	(.)	(.)	(.)
. = Aufgrund des Panel-Designs nicht berechenbar								

Doch ist der Vergleich mit den Wohnverhältnissen im Herkunftsland nicht allein maßgebend. Entsprechend unseren einleitenden Überlegungen ist die Situation im Deutschland mit zunehmender Aufenthaltsdauer natürlich ebenfalls eine wichtige Bezugsgröße für die Würdigung der Wohnsituation und als Indikator für den erreichten Eingliederungserfolg.

Zieht man als Maßstab die Grenze von einem Raum pro Person in einem Haushalt zur Bewertung der Wohnsituation heran, so überspringt anfangs nur ein sehr geringer Anteil der Aussiedlerhaushalte diese Marke. Am Ende der sinnvollen Beobachtungszeit - vier Jahre nach der Ankunft - sind es 4,3% (2). Zwar bessert sich die Lage der Aussiedler im Laufe der Zeit - vor allem durch die Umzüge aus dem Wohnheim in eine

schon einmal daran gedacht hätten, ins Herkunftsland zurückzukehren und ob sie manchmal dächten, es wäre besser gewesen im Herkunftsland zu bleiben - besteht.

Wohnung, doch müssen Aussiedler zu einem sehr großen Teil langfristig mit weniger als einem Wohnraum für jedes Haushaltsmitglied auskommen.

Betrachtet man nur die durchschnittliche Anzahl der pro Person zur Verfügung stehenden Räume bei denjenigen Familien, die bereits in eine reguläre Wohnung umgezogen sind, so zeigt sich, daß auch diese Familien mit weniger als einem Raum pro Person auskommen müssen und daß eine Verbesserung wohl nur sehr langsam vor sich geht: erst nach dreieinhalb und vier Jahren ist eine ganz leichte Verbesserung der Relation zu beobachten. Vor allem die großen Familien mit mehr als 6 Personen gehören zu den deprivierten Haushalten. Anfangs weist diese Gruppe nur einen Wert von 0,4 auf (zu vergleichbaren Befunden in bezug auf die Gastarbeiter siehe Keßler und Ross 1991, S. 432).

Tab. 4: Wohnraum der Aussiedlerhaushalte (Räume pro Person)

[illegible]

Verglichen mit den Wohnstandards der einheimischen Bevölkerung ist die Wohnsituation - auch kleinerer Aussiedlerhaushalte - allerdings auch nach mehreren Jahren in Deutschland als problematisch anzusehen: 1987 verfügte jeder Deutsche im Schnitt über 35,5 qm und 1,8 Zimmer; in mehr als vier Fünftel aller Haushalte sind die Personen so untergebracht, daß jede Person mehr als einen Raum zur Verfügung hat (Statistisches Bundesamt 1992, S. 147; ähnlich Lahrman 1988, S. 44). Selbst wenn man die Situation der Aussiedlern mit derjenigen einheimischer Mieter von Sozialwohnungen vergleicht (Lahrman 1988, S. 44), leben die Aussiedler in kleineren Wohnungen und kommen allenfalls auf den Wohnstandard von Ausländern in Sozialwohnungen Mitte der 80er Jahre.

Tab. 5: Wohnraum der Aussiedlerhaushalte (Räume pro Person) im Vergleich zu den einheimischen Deutschen

	Aussiedler in Wohnungen, nach 1 Jahr	Aussiedler in Wohnun- gen, nach 4 Jahren	Deutschland, alle Wohnungen	Deutschland, Miet- wohnungen	Deutschland, Sozial- wohnungen
4 Personen	0,78	0,83	1,01	0,88	0,83
5 Personen	0,70	0,83	0,94	0,74	0,69
6 und mehr Personen	0,50	0,59	0,83	0,59	0,56
Alle Haushalte in Wohnungen	0,73	0,80			

Bei Aussiedlern trifft der Befund zu, daß die Haushalte trotz größerer Personenzahl in kleineren Wohnungen leben als die einheimischen Deutschen, wie es auch für die Gastarbeiter belegt ist (Keßler/Ross 1991, S. 429 f.). Es scheint daher nicht unbegründet, von einer Eingliederung der Aussiedlerhaushalte in die unteren sozialen Schichten der Gesellschaft zu sprechen, denn die vergleichsweise geringe Wohnfläche der Aussiedlerhaushalte bleibt auch erhalten, wenn man die durchschnittlich größere Personenzahl im Haushalt berücksichtigt.

Aussiedler aus ...	Polen		Rumänien		chem. SU		alle	
Faktor ...	Koeff.	S. E.	Koeff.	S. E.	Koeff.	S. E.	Koeff.	S. E.
<i>Mutter hat Arbeitsplatz^(z)</i>	0,81	0,45	-0,11	0,38	0,05	0,33	0,21	0,21
<i>Vater hat Arbeitsplatz^(z)</i>	-0,81	0,39 *	-0,22	0,29	-0,04	0,27	-0,17	0,17
Ankunftsjahr	-0,24	0,24	-0,29	0,13 *	-0,12	0,14	-0,22	0,08**
<i>Haushaltsgröße zu den verschiedenen Befragungszeitpunkten^(z)</i>	-0,16	0,13	0,07	0,13	-0,14	0,07 *	-0,13	0,05**
dt. Sitten und Gebräuche gepflegt	-0,65	0,38 *	-1,26	0,62 *	-0,34	0,28	-0,40	0,19*
dt. Lieder gesungen	0,12	0,39	0,21	0,62	0,49	0,26 *	0,46	0,18**
Art der Wohnung vor der Ausreise	0,27	0,32	-0,60	0,27 *	-0,24	0,21	-0,19	0,13
-2 Log Likelihood	-182,60		-263,70		-446,04		-1145,88	
Anzahl der Teilepisoden	205		309		543		1057	
Anzahl der Ereignisse	57		74		102		233	

+ p < 0,1; * p < 0,05; ** p < 0,01; (z) = zeitabhängige Kovariate

Als Faktor für die erste eigene Wohnung ist die Frage, ob die erwachsenen Haushaltsmitglieder - besonders der Ehemann - arbeitet, erstaunlicher Weise nicht von Bedeutung. Lediglich bei den Aussiedlern aus Polen ist der Zusammenhang vorhanden.

Das Ankunftszeitpunkt der befragten Familien ist dagegen nicht ohne Einfluß. Es zeigt sich, daß die sinkende Zahl der pro Jahr nach Deutschland gekommenen Aussiedler (1990 war die Zahl höher als danach) die Wohnungssuche nachhaltiger positiv bestimmt, als die möglicherweise längere Dauer bis zur ersten Wohnung aufgrund der Tatsache, daß in jüngerer Zeit Aussiedler nach Deutschland gekommen sind, die weniger gut Deutsch sprechen und insgesamt weniger dem Bild entsprechen, das sich die sich aufnehmende Gesellschaft idealerweise von Aussiedlern macht. Für die Initiative der Aussiedler bleibt angesichts dieser Situation nicht viel Spielraum.

Die Haushaltsgröße - als Indikator für die Größe des engeren Familienverbandes - ist wie zu erwarten bei der Suche einer Wohnung von Bedeutung. Allerdings zeigt sich hier ein klarer Befund: Große Haushalte haben weniger Schwierigkeiten eine Wohnung zu finden als kleine; es vergeht weniger Zeit bis zum Einzug. Dies hängt mit den Vergaberegeln für Sozialwohnungen (nicht nur von Aussiedlern) zusammen, wonach größere Haushalte bevorzugt in Wohnungen eingewiesen werden sollen.

Weitere Variablen (Sprachkenntnisse) wurden geprüft, sie sind aber ohne Einfluß. Wir leiten aus diesen Befunden die These ab, daß die Wohnungsversorgung der Aussiedler im wesentlichen von einem Periodeneffekt abhängig und dem Willen und Engagement der Betroffenen weitgehend entzogen ist.

6. Zusammenfassung

Die ersten zweieinhalb Wochen nach der Ankunft in Deutschland verbringen die Aussiedlerfamilien im Schnitt in einem Übergangslager. Die Dauer des Aufenthalts im Übergangslager ist dabei weitgehend unabhängig vom weiteren Verlauf der Eingliederung. Betrachtet man die Wohnungssituation der Aussiedlerhaushaltungen in Deutschland im Zeitverlauf nach dem Verlassen des Übergangslagers, so sind folgende zentrale Befunde festzuhalten:

- Ein halbes Jahr nach der Einreise wohnen immer noch mehr als drei Viertel der befragten Familien im Übergangswohnheim; dieser Anteil geht nach eineinhalb Jahren auf 50% zurück und nach zwei Jahren auf ein Drittel. Jedoch leben nach vier Jahren immer noch etwa 5% der Haushalte im Übergangswohnheim.
- Die allermeisten Aussiedlerfamilien ziehen aus dem Übergangswohnheim in eine Mietwohnung; Immobilien werden - wenn überhaupt - erst zu späteren Zeitpunkten erworben.

Die Größe der Wohnungen - gemessen an der Zimmerzahl und an der Quadratmetergröße - steigt naturgemäß mit der Dauer des Aufenthalts in Deutschland an. Dafür sind zum einen die zunehmenden Auszüge aus dem Übergangwohnheim verantwortlich, zum anderen jedoch auch Umzüge der Familien aus kleineren in größere Wohnungen und in geringem Maße auch eine Veränderung der Haushaltsgröße.

Betrachtet man die Wohnverhältnisse vier Jahre nach der Einreise, so sind folgende Punkte festzuhalten:

- Für die allermeisten Befragten hat sich die Wohnsituation gegenüber dem Zeitpunkt der Einreise verbessert.
- Die meisten Familien verfügen über eine größere Wohnung und vermutlich auch über eine besser ausgestattete Wohnung als im Herkunftsland.

Dennoch ist die Situation der Aussiedler als problematisch zu bezeichnen: Zum einen gibt es auch zwei bis drei Jahre nach der Neuansiedlung eine nicht unbedeutende Zahl von Familien, die noch im Übergangwohnheim leben muß, was diese Familien möglicherweise als Verschlechterung gegenüber den Wohnverhältnissen im Herkunftsland empfinden. Und die in jüngerer Zeit ankommenden Aussiedler bleiben länger im Wohnheim und erreichen später und zu einem geringeren Anteil einen Wohnstandard, der dem im Herkunftsland vergleichbar ist oder diesen übertrifft. Zum anderen sehen die Aussiedler ihre Wohnverhältnisse mit zunehmender Aufenthaltsdauer auch im Vergleich zur einheimischen deutschen Bevölkerung, und diesbezüglich sind ihre Wohnbedingungen als unterprivilegiert zu beurteilen.

Für die eingangs aufgeworfene Frage, ob Aussiedler einem spezifischen Marginalisierungsdruck ausgesetzt sind, ist anzumerken, daß die Wohnverhältnisse zumindest Hinweise auf einen Minoritätenstatus geben. Nun mag man einwenden, daß Zuwanderer nun einmal mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen hätten. Ich habe jedoch zu zeigen versucht, daß die Aussiedler denkbar schlecht darauf vorbereitet sind und kaum die Voraussetzungen erfüllen, um sich selbst als Angehörige einer unterprivilegierten Minderheit anzusehen.

Literatur

- Albers, Willi, 1990: Die soziale und wirtschaftliche Eingliederung von Aussiedlern und Übersiedlern. In: Wirtschaftsdienst, Bd. 3, S. 139-145.
- Behrmann, G. C., 1982: Orientierungsprobleme bei der Immigration. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Politische Bildung mit Spätaussiedlern. Bonn, S. 77-93.
- Blahusch, Friedrich, 1992: Zuwanderer und Fremde in Deutschland. Eine Einführung für soziale Berufe. Freiburg.
- Böltken, Ferdinand, 1991: Wohnbedingungen und ihre Bewertung in der Bundesrepublik Deutschland am Jahresende 1990. Ergebnisse eines Ost-West-Vergleichs. In: Informationen zur Raumentwicklung, 1991, S. 277-300.

- Daichendt, Heide, 1989: Deutschland (k)ein Traumland. Erlebnisberichte Deutscher aus Rumänien. In: Jahrbuch für Ostdeutsche Volkskunde, Bd. 32, S. 110-141.
- Daniels, Arne, 1989: Heim und reich? Renten und Wohngeld für Zuwanderer lösen eine Neidkampagne aus. In: Die Zeit, Nr. 16 vom 14. April 1989.
- Dinse, Jürgen, 1989: Zur demographischen und sozialökonomischen Struktur der Aussiedler und Übersiedler des Jahres 1988. In: Statistische Berichte, Jg. 41, Heft 2, S. 19-25.
- Fleischer, Henning; Proebsting, Helmut, 1989: Aussiedler und Übersiedler - zahlenmäßige Entwicklung und Struktur. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 9.
- Fuchs, Marek; Lamnek, Siegfried, 1992: Fremde in Deutschland. Eine Drei-Klassen-Gesellschaft? In: Soziale Probleme, Heft 2, S. 151-172.
- Fuchs, Marek, 1993: Ubiquität und Partialität der Fremdenfeindlichkeit. Prekäre Bezüge zwischen den Facetten eines sozialen Problems. In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis, Jg. 16, S. 177-196.
- Fuchs, Marek; Weiß Johannes, 1995: Kulturelle Identität von Aussiedlern. In: Projektgruppe EVA-A (Hrsg.), Erfolg und Verlauf der Aneignung neuer Umwelten durch Aussiedler EVA-A - Projektbericht. Jena.
- Griese, H. M., 1982: Erwachsenensozialisation und Akkulturationsprobleme. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Politische Bildung mit Spätaussiedlern. Bonn, S. 94-112.
- Heller Wilfried; Koch, Friedhelm, 1987: Deutsche Aussiedler aus Rumänien - Landsleute oder eine Minderheit? In: Jahrbuch für Ostdeutsche Volkskunde, Bd. 30, S. 21-55.
- Hofmann, Hans-Jürgen; Hans-Joachim Bürkner; Heller, Wilfried, 1992: Aussiedler - eine neue Minorität. Forschungsergebnisse zum räumlichen Verhalten sowie zur ökonomischen und sozialen Integration. Göttingen.
- Keßler, Uwe; Ross, Anna, 1991: Ausländer auf dem Wohnungsmarkt einer Großstadt: Das Beispiel Köln. In: Informationen zur Raumentwicklung, 1991, S. 429-438.
- Lahmann, Herbert, 1988: Wohnen. In: Krupp, Hans-Jürgen; Schupp, Jürgen (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel: Daten 1987. Frankfurt a. M.; New York, S. 42-60.
- Matzenauer, Dieter, 1986: Spätaussiedler aus Rumänien. Aspekte der sozialen Integration der Siebenbürger Sachsen. In: AWR-Bulletin, Jg. 24, S. 185-187.
- Schäfers, Bernhard, 1990: Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland. Ein Studienbuch zur Sozialstruktur und Sozialgeschichte der Bundesrepublik. Stuttgart.
- Sinz, Roswitha, 1989: Die Aussiedlerfrage als Herausforderung für das Land Nordrhein-Westfalen und seine Kommunen. In: Informationen zur Raumentwicklung, 1989, S. 369-375.
- Stadt Essen, 1990: XIII. Sonderbericht: Aussiedlerinnen und Aussiedler in Essen im zeitlichen und regionalen Vergleich. In: Essen nennt Zahlen, Statistische Vierteljahresberichte, Heft 1, S. 41-84.
- Stadt Essen, 1993: Soziale Ungleichheit im Stadtgebiet - kleinräumige Entwicklung im Zeitraum 31. Dezember 1988 bis 31. Dezember 1991. Beiträge zur Stadtforschung, Bd. 9. Essen.
- Statistisches Bundesamt, 1992: Datenreport 1992. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- Watrinet, Gertrud; Reichling, Gerhard, 1982: Die Wohnungsversorgung der Aussiedler. Unterbringung, Familienzusammenführung, Eigentumsbildung. In: Harmsen, Hans (Hrsg.), Die Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland. Forschungen der AWR Deutsche Sektion, 2. Ergebnisbericht: Anpassung, Umstellung, Eingliederung. Bad Homburg v. d. Höhe.
- Weiß, Johannes, 1992: Faktoren, Elemente und Probleme der soziokulturellen Identität von Aussiedlern. In: EVA-A-Projekt (Hrsg.), Erfolg und Verlauf der Aneignung neuer Umwelten durch Aussiedler, Phase I: Pilot-Studie. Kassel (Ms.), S. 75-86.
- Wernicke, Christian, 1989: Erst gerufen, dann verachtet. Weil die Aussiedler als Konkurrenten um Arbeitsplatz und Wohnraum betrachtet werden, stoßen sie auf eine Mauer der Ablehnung. In: Die Zeit, Nr. 27 vom 30. Juni 1989.

- Witte, James, 1988: Haushalt und Familie. In: Krupp, Hans-Jürgen; Schupp, Jürgen (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel: Daten 1987. Frankfurt a.M.; New York, S. 21-41.
- Zick, Andreas; Six, Bernd, 1993: Die "Woandersgebürtigen" - Aussiedler zwischen Eigen- und Fremd-Distanz. Wuppertal (Ms.).

Dr. Marek Fuchs

Katholische Universität Eichstätt

Lehrstuhl für Soziologie II

D-85071 Eichstätt

Tel.: 08421 / 93-1278 o. -1243